

Radverkehr: BWV fordert übergeordnetes Konzept

Wählervereinigung wirft Kressbronner Verwaltung vor, die Gemeinderäte einseitig informiert zu haben

Von Tanja Poimer

KRESSBRONN - Das Rad dreht sich weiter: Nachdem die Mehrheit des Gemeinderates eine Fahrradstraße zwischen Oberdorf und Kressbronn abgelehnt hat, gibt jetzt die Bürgerliche Wählervereinigung (BWV) Kressbronn eine Stellungnahme ab. Die Fraktion, die geschlossen gegen den Plan stimmte, fordert von der Verwaltung, ein übergeordnetes Prüfkonzept für alle Kreisstraßen vorzulegen und keine Einzellösung.

Die Umwidmung der Kreis- und Verbindungsstraße zwischen Oberdorf und Kressbronn in eine Fahrradstraße hält die BWV „aufgrund der örtlichen Gegebenheiten für wenig sinnvoll und im Hinblick auf Kreisstraßen mit ähnlicher Struktur für nicht angemessen“, schreibt Fraktionsvorsitzender Stefan Fehringer in einer Stellungnahme an die Radweg-Initiative, die ursprünglich gefordert hatte, auf der Straße, die viele Kinder als Schulweg nutzen, einen Radweg anzulegen. Die Begründung: Tempo 100, eine unübersichtliche Straßenführung und immer mehr Berufspendler seien Beispiele für die Gefahren, denen die Schüler täglich ausgesetzt sind.

Als Kompromiss hätte eine Fahrradstraße für ein Jahr zur Probe eingerichtet werden sollen, auf der sich die anderen Verkehrsteilnehmer nach der Geschwindigkeit der Radler richten müssen und Nebeneinanderfahren mit Fahrrädern erlaubt ist. Der Langenargener Gemeinderat war klar dafür, der in Kressbronn knapp dagegen. Um den Plan umzusetzen, hätten jedoch beide Gremien zustimmen müssen.

Wie berichtet hat sich die Kressbronner Grünen-Fraktion im Nach-



Gemeindeverwaltung gefragt: Die BWV will die Straße zwischen Oberdorfer Straße und Kressbronn nicht einzeln betrachten, sondern ein Verkehrswegekonzzept für alle Kreisstraßen erarbeiten.

FOTO: ANDY HEINRICH

gang bereits dazu geäußert, dass sie den Widerstand der gesamten Fraktion der Bürgerlichen Wählervereinigung und teilweise der CDU mit Unverständnis zur Kenntnis genommen habe. Titel der Pressemitteilung, die Silvia Queri als Fraktionsvorsitzende verschickte: „Fahrradstraße Oberdorf-Kressbronn: Leider Gelegenheit verpasst.“

Jetzt reagiert die BWV und führt aus, dass die beschriebenen Gefahren auch auf anderen Kreisstraßen, wie zum Beispiel von Kressbronn-

Berg in Richtungen Nitzenweiler/Schleinsee, zu beobachten seien. „Wir fordern deshalb – auch bezugnehmend auf unsere Wahlprogramm 2019 – von der Gemeindeverwaltung und in Zusammenarbeit mit dem für Kreisstraßen zuständigen Landratsamt die Vorlage eines umfassenden Verkehrswegekonzepthes für Kreisstraßen, anstelle der Präsentation einer Einzellösung, die uns ohne Prüfung und Vorstellung von Alternativen wie zum Beispiel eine Temporeduktion mit Fahrradschutzstreifen-

Markierung vorgelegt wurde.“ Die Fraktion sei überzeugt, dass es zu Tempo 100 und einer Fahrradstraße Alternativen gebe.

Der Vorwurf der Wählervereinigung: Die Gemeindeverwaltung habe keine alternativen Verkehrskonzepte geprüft, „sondern unserer Wahrnehmung nach die Räte zu einseitig informiert“. Deshalb rufe die Fraktion die Verwaltung mit Nachdruck dazu auf, sich bei der Verkehrsbehörde des Landratsamtes zu erkundigen und dem Gemeinderat

eine ungefilterte Entscheidungsgrundlage vorzulegen.

Die BWV unterstütze die inhaltliche Forderung der Radweg-Initiative nach einer Geschwindigkeitsreduzierung auf 50 Stundenkilometer und die Markierung eines Fahrrad-Schutzstreifens, heißt es. Das Thema sei im Landratsamt platziert – laut Fraktion mit dem Ergebnis, „dass diese Straße einer erneuten Beurteilung unterzogen und in Zusammenarbeit mit der Polizei ein Ortsbesichtigungstermin stattfinden wird“.